

Klaus Brake, Helga Fassbinder, Renate Petzinger

BASISDEMOKRATIE VERSUS GEWERKSCHAFTLICHE ORIENTIERUNG?

Kritische Anmerkungen zu dem Editorial in Heft 27⁺

⁺Mit diesem Beitrag setzen wir die Diskussion um die Publikationsstrategie von ARCH⁺, welche mit dem Editorial der Mehrheit der Redaktionsmitglieder im letzten Heft begonnen wurde, fort.

Die Fragestellung der Autoren des Editorials in Heft 27 klingt radikal: War die Umkonzeptionierung von ARCH⁺, wie sie schrittweise aufgrund der Diskussionen in der Redaktion vollzogen wurde, nur der Rückzug von einer von vornherein falsch bestimmten Frontlinie? Geht es mithin nicht nur um eine Modifikation, sondern um eine Neubestimmung der Zeitschrift? /vgl. S. 2/

Denn – anders als bisher geschehen – könne die Redaktion einer *politischen* Fachzeitschrift nicht zur Tagesordnung übergehen angesichts einer Entwicklung, die von den Editorial-Autoren in doppelter Hinsicht als Tendenzwende apostrophiert wird:

- *politisch* sei sie gekennzeichnet durch das Scheitern der Reformpolitik der SPD-Regierung, den Umschlag von demokratischen Reformen in Demokratieform.
- *ökonomisch* sei sie das Ende einer durch Prosperität und durchgreifenden Strukturwandel gekennzeichneten Phase der Kapitalakkumulation, die mutmaßlich durch eine Periode der Stagnation abgelöst werde. /vgl. S. 6/

Zunächst halten wir diese Einschätzung der gegenwärtigen Krise in doppelter Weise für unpräzise: Weder ist die bisherige ökonomische Entwicklung in der BRD mit einem Schema von zwei Phasen der Kapitalakkumulation zu erfassen, noch wird der Vermittlungszusammenhang zwischen der ökonomischen und der politischen Entwicklung herausgearbeitet. Anstatt die ökonomische Entwicklung der BRD mit dem – der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus entlehnten – Muster der Zweiphasentheorie zu kennzeichnen, wäre gerade hervorzuheben, daß der Prozeß der Kapitalakkumulation in der BRD schon immer in Krisenzyklen verlief, die zwischen vier und viereinhalb Jahren dauerten. Die gegenwärtige Krise ist zwar in der Tat die bislang schärfste in der Geschichte der Bundesrepublik, als Tendenzwende und damit als neuartige Entwicklung kann sie jedoch nur dann erscheinen, wenn implizit von der Vorstellung einer krisenfreien Entwicklung ausgegangen wird.

Wäre nun die ökonomische Entwicklung präziser eingeschätzt worden, so wäre es auch eher möglich, den Vermittlungszusammenhang zwischen der konstatierten

ökonomischen und politischen Tendenzwende zu verdeutlichen, der so jedoch von den Editorial-Autoren nur oberflächlich dargestellt wird. Die ökonomische Krise, so heißt es, gewinne die Funktion, die partiellen ideologischen Krisen zu lösen. /vgl. S. 6/ Ehe solche Rückwirkungen betrachtet werden, welche auf der Ebene der Ideologiekritik verbleiben, sind umgekehrt die ökonomischen Bedingungen sowohl für den Beginn der sozialdemokratischen Reformpolitik und den damit verbundenen Ausbau des Staatsapparates als auch für ihr Scheitern zu untersuchen – kurzum die Entwicklung des Staatshaushalts in seiner Abhängigkeit von dem Ebbe- und Flutperioden des industriellen Zyklus. Zwar wurde der Aufschwung aus der Krise 1966/67 vielfach der Effektivität sozialdemokratischer Reformpolitik zugeschrieben, tatsächlich aber konnten die Reformen der SPD-Regierung auch nur aufgrund des ökonomischen Aufschwungs zu Beginn des fünften industriellen Zyklus in Angriff genommen werden. Erfuhr die ökonomische Basis für die Reformpolitik bereits in der Krise 1971 erste Einschränkungen, so verschwindet in der jetzigen Krise der ökonomische Spielraum für Reformen noch viel stärker: die vermeintlichen Errungenschaften sozialdemokratischer Reformpolitik werden damit zunichte gemacht. Dabei werden die letztlich ökonomischen Ursachen der Unwirksamkeit einer Politik der sozialen Gerechtigkeit aber nicht erkannt; sondern verstärkt werden für das Scheitern dieser Politik diejenigen Teile der Arbeiterbewegung verantwortlich gemacht, die mehr oder minder bewußt daran festhalten, daß eine Verbesserung ihrer sozialen Lage nur durch grundlegende gesellschaftliche Veränderungen erreicht werden kann. Was vom Reformprogramm und dem damit verbundenen Ausbau des Staatsapparates übrigbleibt, ist eben sein Einsatz, um gerade diejenigen zu denunzieren und mittels Berufsverbots etc. zu bekämpfen, welche die wirklichen Ursachen sozialer Mißstände beseitigen wollen. Damit kann auch politisch nicht von einer „Tendenzwende“ gesprochen werden; allerdings ist als Folge der inzwischen erreichten Schärfe der Krise von einer empfindlich spürbaren Stufe innerhalb einer Entwicklung sich zuspitzender politischer Repression auszugehen.

Trotz der oberflächlichen Analyse und der schiefen Darstellung des Vermittlungszusammenhangs zwischen ökonomischer und politischer Entwicklung sehen wir den Konsens zwischen uns und den Autoren des Editorials darin, daß es der gesamten Redaktion darum gehen muß, mit ARCH⁺ gerade jetzt den Kampf gegen die materielle Bedrohung und wachsende politische Repression verstärkt zu unterstützen, indem die Bewegung zur sozialen Emanzipation gestärkt und die Bewußtseinsentwicklung unter dieser Perspektive gefördert wird.

Um dieses Ziel besser als bisher zu erreichen – so stellen die Editorial-Autoren nun fest – sei es mit einer Modifikation der bisherigen Publikationsstrategie allein nicht getan: notwendig sei vielmehr die generell-

le Neubestimmung der Zeitschrift. Dafür schlagen sie ein bestimmtes Konzept politischer Orientierung vor, welches sich zusammenfassen läßt in der Orientierung an basisdemokratischen Gruppen und welches eine Kritik an der bislang in ARCH+ vertretenen gewerkschaftlichen Orientierung – im Rahmen der Berufspraxisdiskussion ebenso wie im Zusammenhang der Bürgerinitiativen – beinhaltet.

Unter Darstellung unserer eigenen Position nehmen wir hiergegen Stellung, nicht zuletzt um damit auch die Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Bewußtseinsformen bei den Lesern von ARCH+ zu unterstützen und voranzutreiben. Wir formulieren Kritik von dem Punkt aus, wo ein Konzept politischer Orientierung unserer Meinung nach illusionäre Konsequenzen hat. Wir setzen uns kritisch auseinander mit dem Konzept – gerade weil es ein innerhalb der sozialen Bewegung erklärliches und weitverbreitetes ist – und erst vermittelt darüber mit den Autoren, die diese Position vertreten; dabei kann jedoch nicht die Person in besonderer Weise geschont werden, wenn das Konzept die Kritik in besonderer Schärfe erfordert, und das auch, oder besser gesagt, erst recht nicht, wenn es mit diesen Personen Zusammenarbeit gibt und in der Form solidarischer Auseinandersetzung auch weiterhin geben soll.

1. Theorie und reale Bewegung

Ein zentraler Vorwurf, den die Autoren den bisherigen Artikeln in ARCH+ machen, ist ihr wissenschaftliches Niveau, welches an den Bedürfnissen der Leser vorbeigezielt habe /vgl. S. 1/. Allerdings befinden sie sich damit selbst in einer widersprüchlichen Lage: Einerseits räumen die Editorial-Autoren der theoretischen Verarbeitung der real vor sich gehenden Bewegung in der Zeitschrift durchaus einen gewissen Stellenwert ein. Sie schränken dies nur dahingehend ein, daß gegenüber der bisherigen „Exklusivität“ und dem durchgängigen Anspruch auf „Wissenschaftlichkeit“ /vgl. S.2/ neben den theoretischen Untersuchungen auch mehr empirisch oder mehr praktisch orientierte Artikel einen größeren Stellenwert bekommen sollen. Hiergegen ist nichts einzuwenden.

Andererseits zieht sich durch alle Teile des Editorials gegenüber bestimmten früher in ARCH+ erschienenen Artikeln der Vorwurf, Kategorien als „Schubladen“ zu mißbrauchen /vgl. S. 2/ und konkrete Strategien „unmittelbar“ aus der Kapitalanalyse abzuleiten /vgl. S.6/, was gleichbedeutend mit abstraktem Voluntarismus sei. Anstatt eine konkrete Einschätzung der Situation zu ermöglichen und damit dem Bewußtsein und den Bedürfnissen der Leser zu entsprechen, verhinderten solche Artikel laut Meinung der Autoren konkrete Einschätzungen geradezu.

Nun soll hier nicht bestritten werden, daß in verschiedenen Artikeln in ARCH+ der Vermittlungszusam-

menhang zwischen der Untersuchung ökonomischer Entwicklungen, der sozialen Lage und den daraus resultierenden Bewußtseinsformen, auf den es für die Erarbeitung konkreter Strategien gerade ankommt nicht oder unzureichend herausgearbeitet wurde. Es ist dies nicht nur ein Mangel der Zeitschrift ARCH+, sondern ein Mangel des gegenwärtigen Zustandes des wissenschaftlichen Sozialismus in der BRD schlechthin. Anstatt aber den Versuch zu machen, diese Vermittlungszusammenhänge wenigstens in Ansätzen selbst herauszuarbeiten, wird nun eher das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Jedenfalls ist eine positive Aussage darüber, wie denn in Zukunft im Rahmen der Zeitschrift der Anspruch auf Vermittlung zwischen ökonomischer und politischer Bewegung eingelöst werden soll, nicht zu finden. Trotz der Beteuerung der Editorial-Autoren, daß auch in Zukunft im Rahmen der Zeitschrift nicht auf die theoretische Verarbeitung der Realität verzichtet werden kann, bleibt unklar, wie denn gegenüber den bisherigen und von ihnen kritisierten Artikeln eine neue Qualität zu erreichen ist, die besser als bisher in der Lage ist, am Bewußtsein der Leser anzuknüpfen und seine Entwicklung voranzutreiben. Stattdessen ist zu befürchten, daß die theoretische Verarbeitung der realen Bewegung zur bloßen Verallgemeinerung unmittelbarer Erfahrungen verkommt – womit zwar noch die Gewähr geboten sein mag, am Verständnis der Leser anzuknüpfen, aber nicht mehr, den inneren Zusammenhang der zersplitterten Einzelaktionen herzustellen und damit die Einsicht in die sozialen Verhältnisse zu vertiefen.

Die Editorial-Autoren müssen sich also den Vorwurf gefallen lassen, mit ihrem Konzept Theorie auf die bloße Verallgemeinerung konkreter Erfahrungen basisdemokratischer Gruppen zu reduzieren, bzw. sich darauf zu beschränken, einen systematisierenden Bezugsrahmen für diese Erfahrungen zu liefern. Demgegenüber ist hervorzuheben, daß die Verallgemeinerung einer konkreten Situation noch nicht automatisch beinhaltet, hinter den vielfältigen Erscheinungsformen auch schon das Wesen der Dinge zu erkennen, sondern daß es gerade das Auseinanderfallen von Wesen und Erscheinung ist, welches die Wissenschaft, also die theoretische Durchdringung der konkreten Realität, erst nötig macht. Mit dem Auseinanderfallen von Wesen und Erscheinung ist aber auch die Tatsache geschaffen, das wissenschaftliche Wissen und Alltagswissen nicht unmittelbar identisch sein können, sondern erst in einem längeren und widerspruchsvollen Prozeß wieder miteinander zu vermitteln sind.

Bei der Analyse der vorfindlichen Realität kann es also nicht darum gehen, verdrehte Bewußtseinsformen bloß zu reproduzieren, sondern es ist die Aufgabe des wissenschaftlichen Sozialismus, die Verdrehungen und Verkehrungen im Bewußtsein der Produktionsagenten, welche durch die bürgerliche Gesellschaft produziert werden, aufzubrechen und eben dadurch einen Beitrag zur Bewußtseinsentwicklung zu leisten. Da es ein Charakteristikum der ökonomischen Struktur der bürgerli-

chen Gesellschaft ist, daß sich ihre soziale Aktivität dahingehend verkehrt, daß den Menschen ihr gesellschaftlicher Zusammenhang selbständig und übermächtig gegenübersteht, Subjekt und Objekt des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses sich also verkehren und diese Verkehrung zugleich die verdrehte Form eines Verhältnisses von Freien und Gleichen annimmt, erscheint der soziale Zusammenhang den Produktionsagenten als durch ihren freien Willen bestimmt, dessen Entwicklungstendenz sie demnach ebenso frei bestimmen können. Die Tatsache, daß das gesellschaftliche Handeln durch das Denken vermittelt ist, verdreht sich also im Bewußtsein der Produktionsagenten dahingehend, daß das bewußte Handeln selbst der Grund und die Ursache der gesellschaftlichen Bewegung sei. Eben diese Verdrehung aber gilt es aufzubrechen, indem der Vermittlungszusammenhang zwischen der ökonomischen Struktur und dem gesellschaftlichen Handeln der Individuen aufgezeigt wird, indem also der Zusammenhang zwischen ökonomischer Situation, sozialer Lage und Bewußtsein, der sich nicht unmittelbar erschließt, hergestellt wird. Daß dies keine einfache Aufgabe sei, wurde nie bestritten. Begnügt man sich dagegen mit dem Vorwurf, es sei in ARCH+ die Konstituierung politischen Bewußtseins *unmittelbar* aus der objektiven ökonomischen Lage abgeleitet worden /vgl. S. 6/ und verzichtet man damit auf die Anstrengung, die dazwischen liegenden Vermittlungsglieder herauszuarbeiten, so muß allerdings die Bewußtseinsentwicklung, z.B. der in Genossenschaften arbeitenden Architekten, als rätselhaftes Phänomen erscheinen, welches nurmehr registriert werden und in der Zeitschrift sein unreflektiertes Abbild finden kann. Ist aber mit dem Verzicht auf jeglichen klassenanalytischen Zugang zu der Entwicklung in den Gewerkschaften, den Bürgerinitiativen und den Architektenkooperativen auch kein Maßstab mehr vorhanden für die Bewußtseinsentwicklung in diesen Bereichen, so kann auch nicht mehr angegeben werden, wo das Alltagsbewußtsein der erscheinenden Bewegung aufsitzt und wo mithin *illusionäre Vorstellungen* über den Gang der Entwicklung in der BRD reproduziert werden.

Die Autoren müssen sich daher die Frage gefallen lassen, wie mit dem Konzept, daß Theorie nurmehr eine Verallgemeinerung von Praxis in den basisdemokratischen Gruppen sein soll, denn gewährleistet sein soll, mit einer Zeitschrift wie ARCH+ einen Beitrag zur Entwicklung von Bewußtsein durch die Aufhebung von Klassenvorurteilen zu leisten und dadurch die Aufhebung der Zersplitterung der sozialen Bewegung gerade unter dem Druck zunehmender Repression voranzutreiben.

2. Bürgerinitiativen und Basisdemokratie

Verfolgen wir nun, wie sich das Verständnis von Theorie und realer Bewegung, welches die Editorial Autoren präsentieren, in ihrer Behandlung der Bürgerinitiativen niederschlägt.

Übergehen wir, daß die Kritik mit dem sattsam be-

kannten Verfahren operiert, die zu kritisierende Position erst einmal auf den der eigenen Position konträren Buhmann zurecht zu rücken. Wichtiger sind vielmehr die – auch gerade dadurch besonders deutlich hervortretenden – durchgängigen Blindstellen, die sich in der verzerrten Rezeption unserer Arbeiten auftun und den methodischen Zugang der Untersuchung der Bürgerinitiativen unbegriffen läßt: es ging und geht uns nicht darum, Protest und Widerstand im außerbetrieblichen Bereich als politisches Phänomen politisch zu werten und die Verallgemeinerung der praktischen Erfahrungen unmittelbar und damit von der Subjektivität des Rezipienten durchdrungen, d.h. aber begriffslos zur Theorie gesellschaftlicher Veränderung zu erklären. Eine solche Vorgehensweise, die sich damit begnügt, den freilich mühsamen Weg der Herausarbeitung innerer Zusammenhänge zur Widerspruchsbewegung als ökonomischen Rigorismus, Denken in Schubladen u.ä. denunziert, ist der bürgerlichen politologischen Diskussion dieses Problems näher als sie wahrhaben möchte: Auch in der politologischen Diskussion werden Bürgerinitiativen als politische Ausdrucksformen eines neu erwachten Selbstbewußtseins gefaßt, dessen Entstehungsmomente nicht weiter hinterfragt werden. Bürgerinitiativen erscheinen als ein Problem politischer Legitimität, über das je nach politischem Gusto des Autors gehandelt wird. Sei es, daß diese Aktivitäten als Notwendigkeit oder als Gefahr einer plebiszitären Umstrukturierung des Systems politischer Herrschaft betrachtet werden – tragend ist gerade das von ökonomischen Bedingungen abhebende Politikverständnis, in das sich Aussagen wie jene, die unserem Untersuchungsansatz die „Vernachlässigung der spezifischen *unmittelbar* politischen Momente solcher Initiativen, welche die Legitimität bestehender Herrschaftsformen praktisch infrage stellen“ vorwerfen /6/, nahtlos einfügen können.

Durch eine Abgrenzung unseres methodischen Ansatzes von derart politologisch orientierter Betrachtungsweise soll allerdings nicht in Abrede gestellt werden, daß eine Untersuchung des Verhältnisses von Bürgerinitiativen und politischen Überbauformen notwendig sei. Hierauf als anstehende Aufgabe der Theorienbildung hinzuweisen, ist trotz aller Polemik kritischer Verabsolutierung das Verdienst unserer Redaktionskollegen, wenn auch ihre Vorstellungen darüber, wie dieser Weg wissenschaftlich beschritten werden soll, bestenfalls vage ist, vielleicht sogar verunklarend, da sie nicht gleichzeitig darauf abheben, daß ein Verständnis des politischen Moments spontanen außerbetrieblichen Bewegungen nur im Zusammenhang der Analyse der Kapitalentwicklung und ihrer Widersprüche im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß zu erarbeiten ist. Wenn die Analyse Ebenen wie die der „Konstitution von Subjektivität“ zunächst notgedrungen außer acht läßt, so ist dies also ein Mangel, der auf dem Hintergrund wissenschaftlicher Erkenntnis als eines methodisch strukturierten Prozesses selbst noch seinen methodischen Stellenwert hat. Man möchte unseren ARCH+-Kollegen ins Stammbuch schreiben: Als zentrale Vor-

aussetzung einer Beurteilung und Entwicklung politischer Strategie steht die konkrete Analyse der jeweiligen Situation, in der sich der Protest und Widerstand entwickelt hat: Jede Aktion ist auf ihren Anlaß und dessen ökonomischen und politischen Zusammenhang der Kapitalentwicklung und der lokalen Ausprägungen und Modifikationen dieser ursächlichen Bewegung zu begreifen. Dann erst kann die Reichweite der Forderungsperspektive, ihre organisatorische Form und organisierte Verbindung zur Arbeiterbewegung und die Möglichkeit der Entwicklung von systemkritischer und systemtranszendierender Potenz beurteilt werden. Hingegen vom Stadtteilkampf (oder der autonomen Basisbewegung im städtischen Bereich) schlechthin zu sprechen, wie unsere Editorial-Autoren dies tun, versperrt den Zugang zum Verständnis dieser Kämpfe, da sich unter der scheinbar gemeinsamen Aktionsform (deren Gemeinsamkeit aber nur ihre Unbestimmtheit ausmacht) höchst *unterschiedliche Bezüge* zum kapitalistischen Akkumulationsprozeß verbergen und ebenso unterschiedliche politische Qualitäten.

Die Abstraktion von ökonomischen Prozeß hat denn auch ihre entsprechenden wissenschaftlichen und politischen Folgen. Was bei den Editorial-Autoren erst in Keimform existiert, in ihrer Linie einer politischen Wertung der spontanen außerbetrieblichen Basisbewegung, die eine „konkrete Einschätzung“ des „realen politischen Charakters“ gegenüber einer kategorialen Analyse behaupten will, tritt offen zutage bei denjenigen Positionen, die die Frage nach der systemtranszendierenden Potenz der Bürgerinitiativen allein von der *Aktionsform* beantworten zu können glauben. Die politische Qualität von außerbetrieblichen Aktionen wird allein bereits im Überschreiten der „Grenzen“ des Arbeitskamps und der spontanen Artikulation menschlicher Bedürfnisse gesehen. Bürgerinitiativen gelten dann *eo ipso* als Bewegungsform eines progressiven politischen Willens, d.h. von einer als qualitativ höher denn die organisierte Arbeiterbewegung eingestuften politischen Ausdrucksform wird rückgeschlossen auf die damit transportierten Inhalte und diesen ein naturwüchsiger Sozialismus oder die „Kraft unmittelbarer politischer Selbstverwirklichung“ unterschoben. Ebenso wie bei den Editorial-Autoren wird das Problem politischer Bewußtwerdungsprozesse, ihres Verlaufs und ihrer Bedingungsfaktoren voluntaristisch behandelt, nämlich als *Beschwörung* der Konstitution von Subjektivität und kollektiven Identität, die selbst – und dies durchzieht auch auffällig das ARCH+ Editorial – quasi als Endpunkt der Befreiung des Menschen, nicht mehr hinterfragt wird auf ihre Beziehung zum Verlauf und historischen Stand des Kampfs der Arbeiterklasse. In der Verabsolutierung von Spontaneität und kollektiver Selbstverwirklichung, losgelöst von ihrem historischen Entwicklungsprozeß, wird die Vielfältigkeit und Widersprüchlichkeit der in dieser spontanen Bewegung existierenden Formen von Realitätsverarbeitung und Bewußtsein übergangen, ein Verständnis der „autono-

men Basisbewegung“ im außerbetrieblichen Bereich als höhere Form der Klassenkampfbewegung, das nur noch dann erklärbar ist, wenn der Entstehungszusammenhang solcher Aussagen nicht klassenanalytisch untersucht wird. Die unüberhörbar problematischen Untertöne mit ihren reaktionären bis faschistoiden Bezügen, die in solch spontanen Gruppen oft mitschwingen, machen jedenfalls deutlich, daß eine wissenschaftliche Untersuchung vorrangig sich die Frage zu stellen hat, wie diese Ansätze der Artikulation eines Willens zur Selbstverteidigung oder auch zur Veränderung in einen progressiven und schließlich sozialistischen Zusammenhang so einbezogen werden können, daß Lernprozesse dieser Bewegung in fortwärtswisender Richtung verarbeitet und zum Ausgangspunkt von neuen, vereinheitlichten Kämpfen werden können.

Solche notwendigen Lernprozesse können freilich nur dann gezielt unterstützt werden, wenn der ökonomische und politische Zusammenhang jeder einzelnen Aktion auf dem Hintergrund und im Zusammenhang der Analyse des Akkumulationsprozesses vorgenommen wird. Erst von da aus wird eine Einschätzung der Anlässe, der Perspektiven, des politischen Bewußtseinsniveaus und des Zusammenhangs zum Kampf der gesellschaftlichen Klassen möglich.

Können für die Arbeiterklasse im Zusammenhang ihrer tradierten Klassenorganisationen die aufgebrochenen Widersprüche, die Beschneidungen individuellen und kollektiven Lebens wenn auch nicht eindeutig, so doch in groben Umrissen zurückgeführt werden auf ihre in der Klassengesellschaft gegründeten Ursachen, auf Ausbeutung und kapitalistische Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums, so stellt sich für diejenigen, die sich in der Vielzahl der außerbetrieblichen partikularisierten Aktionen zur Wehr setzen, das Problem unentwirrbarer: Sie müssen sich ohne die, trotz aller Einschränkungen, in den Arbeiterorganisationen über Jahrzehnte gesammelten und aufgehobenen Kampferfahrungen in Auseinandersetzungen zurechtfinden, die für die meisten von ihnen neu und zudem weit weniger eindeutig strukturiert sind als die klassischen Konflikte um Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen. Wenn auch in vielen Fällen die Profitgier einiger Konzerne als identifizierbarer Gegner auftritt, so ist damit noch kein Weg gewiesen durch das Dickicht widersprüchlicher Erscheinungen zu ihrem inneren Zusammenhang mit der Produktionsweise. Der abgeleitete Charakter der sich hier auftuenden Probleme, die ihre Ursache in der Bewegung der Akkumulation besitzen, prägt den außerbetrieblichen Bereich zu einem Kampffeld, in dem die spontanen Aktionen nur dann die Produktionsweise der Gesellschaft infrage stellen und eine sozialistische Perspektive finden können, wenn es gelingt, eine Beziehung zur allgemeinen Klassenbewegung herzustellen. Damit können sie zwar in einzelnen Fällen und in bestimmten historischen Situationen der Klassenkampfbewegung Anstöße vermitteln und vorübergehend eine vorwärtstreibende Rolle einnehmen, doch bleibt letztlich das Kampfniveau

dieser Auseinandersetzungen vom Entwicklungsgrad der Klassenkämpfe bestimmt. Um die politische Potenz der außerbetrieblichen spontanen Kämpfe zur Entfaltung kommen zu lassen, muß – und hierin besteht u.E. die Aufgabe sozialistischer Wissenschaft in diesem Arbeitsfeld konkret – der gemeinsame Zusammenhang von Kämpfen im städtischen Bereich, in der Landwirtschaft, anläßlich der Umweltprobleme und im Betrieb dargelegt und die in diesen Bereichen auftauchenden Probleme als Ausprägungen der dem heutigen Kapitalismus eigentümlichen Widerspruchsformen benannt werden. – Zusammenhänge, die durch unmittelbare Anschauung nicht erfassbar sind, solange sie in Situationen unentwickelter und z. T. bis in ihre Ansätze zerschlagener Klassenkämpfe durch den Zusammenhang der Kämpfe selbst nicht klar gemacht werden. Eine politische Diskussion der spontanen außerbetrieblichen Basisbewegung ist daher in der BRD – anders als in Frankreich und Italien – in hohem Maße zunächst darauf verwiesen, den *praktisch* noch nicht vollzogenen Zusammenhang dieser Bewegung mit dem Kampf der Arbeiterklasse auf der Ebene der inneren Logik des Akkumulationsprozesses zu verfolgen. Dazu aber ist es erforderlich, die Analyse des objektiven Prozesses weiterzutreiben, nicht um mit ihm, wie uns unterstellt wird, „gegen das zu argumentieren, was sich an politischer Bewegung wirklich tut“ und dadurch „eine konkrete Einschätzung“ (zu verhindern), sondern um im Gegenteil die begriffslose Reproduktion der Verkehrungen der Oberfläche zu verhindern, die hier wieder einmal unter Begriffen wie „unmittelbar, politisch, konkret“ verdeckt wird.

Die Zusammenhänge zwischen dem widersprüchlichen Akkumulationsprozeß, der Fluktuation des Kapitals von einer Sphäre in die andere, den wechselnden Formen der Kapitalisierung und den damit verbundenen Prozessen räumlicher Mobilität werden in einer Vielzahl von Prozessen durchgesetzt, in denen die verschiedenen ungleich entwickelten Vermittlungsglieder des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses an die industrielle Bewegung angepaßt werden.

Diese Anpassungsprozesse erstrecken sich nicht nur auf die Ebene der Produktions- und Distributionsstrukturen und ihrer räumlichen und infrastrukturellen Formen; ebenso werden die politischen, institutionellen und in vermittelter Weise auch die ideologischen Strukturen tangiert. Doch sollen uns in diesem Zusammenhang nur diejenigen Ebenen interessieren, auf denen am häufigsten diese erzwungenen Anpassungsprozesse Protest bei denjenigen hervorrufen, die sie als menschliche Anhängsel des Akkumulationsprozesses erleiden. Hier aber spielt der städtische Bereich die dominierende Rolle: Anpassungen der Bebauungsstruktur an die Standortforderungen (sei es nun reaktiv oder lediglich suggestiv in der Hoffnung, damit Kapitalansiedlung herbeizuführen), die sowohl städtische Funktionszuordnungen, die eigentlichen Baustrukturen für Handel, Dienstleistung und Wohnungsbau als auch die Transport- und Kommunikationsstrukturen betreffen. Da diese Prozesse

im einzelnen höchst differenziert sind, durch unterschiedliche Anforderungen der Konzerne ausgelöst werden, auch von den ansässigen kleinen und mittleren Kapitalen in unterschiedlicher Weise aufgegriffen oder bekämpft werden, kann hier nur jeweils die konkrete Analyse die Vermittlungsglieder zwischen der monopolkapitalistischen Form des Akkumulationsprozesses und den Auswirkungen auf die Städte und damit die Lebensbedingungen der Bewohner aufdecken – eben die Aufgabe, die wir wiederholt als Voraussetzung dafür benannt haben, Widerstandsaktionen der betroffenen Bewohner zu unterstützen, die die Qualität von systemkritischen, nicht integrierbaren Bündnisaktionen für den Kampf der Arbeiterklasse erreichen sollen.

All diese vielfältigen Vorgänge von Veränderung der Lebensbedingungen der großen teils lohnabhängigen Bevölkerung, gegen die diese zunächst nur ihren Protest zu setzen hat, indizieren – betrachtet unter dem Gesichtswinkel der Produktionsweise als einer den gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß bestimmenden Struktur jedenfalls dies: daß veränderte, weiter entwickelte Formen der Produktion, ihre vertiefte Arbeitsteilung und höherer Grad an Vergesellschaftung auch andere, weiter entwickelte und in höherem Maße gesellschaftliche Formen der Reproduktion und Konsumtion der Lohnabhängigen verlangen. Die Proteste und Kämpfe, die derzeit unter unseren Augen (und z.T. mit unserer Beteiligung) vorsichgehen, drücken daher nichts weiter aus als dies: den Versuch – zunächst begriffslos und lediglich in purer Abwehr des Neuen, in der Regel schlechteren als des alten – den gesellschaftlichen Formen der Produktion und Zirkulation entsprechende Formen für die Lohnabhängigen und die davon ebenso betroffenen Teile der Mittelklassen durchzusetzen. Die veränderten Bedingungen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses: die wissenschaftliche Entwicklung der Technologie und ihre wissenschaftliche Anwendung im Produktionsprozeß stellen nicht nur eine veränderte, gesellschaftlichere Form der Reproduktion des Kapitals dar; sie verändern auch die Bedingungen der Reproduktion der Arbeitskraft zu mehr und mehr unmittelbar gesellschaftlichen. Nicht nur werden die Arbeitsprozesse selbst und ihre Bedingungen von der in höherem Maße gesellschaftlichen Organisation des Produktionsprozesses affiziert, sondern darüber hinaus werden alle gesellschaftlichen und natürlichen Lebensbedingungen wie natürliche Umwelt, räumliche Verteilung der Standorte, Stadtstruktur, Verwendung der natürlichen Ressourcen, Verkehrs- und Kommunikationsstrukturen, Organisation der Konsumtion, Staat, Wissenschaft, Ideologie gezwungen, sich den Erfordernissen des Verwertungsprozesses anzupassen und unterzuordnen.

In Erscheinung tritt dies in der Zerstörung der überkommenen Formen der individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung, die freilich – und hier liegt das „Neue“ dieser neuen Widersprüche, welche sich in den städtischen Kämpfen Luft machen – in den angebotenen Formen individuellen Konsums keinen Ersatz fin-

den können, sondern einer kollektiven Lösung bedürfen.

Hier bricht Widerspruch auf: Zwar entspricht der sich planlos immer mehr durchsetzende Zustand der vollkommenen Vereinnahmung von Natur, Umwelt, der Organisation der Städte, der Regionen, des gesellschaftlichen und individuellen Lebens dem triebhaft sich durchsetzenden Verwertungsinteresse der konzentrierten Kapitale. Doch gleichzeitig wird bereits die so „natürwüchsig“ sich ergebende Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft zunehmend dysfunktional für das Gesamtsystem der Kapitalverwertung selbst, da die Kosten der Reparatur der Arbeitskraft – angefangen beim Gesundheitssystem bis hin zur Umweltreparatur – sprunghaft angestiegen sind und weiter ansteigen. Andererseits sind praktikable und ökonomische Formen der Reproduktion als kollektive Formen der Bedürfnisbefriedigung unter kapitalistischen Bedingungen – nur begrenzt realisierbar – nicht nur wegen ihrer über die Produktionsweise hinausweisenden Form, sondern auch wegen ihres politischen Gehalts: der Erfahrung kollektiven Handelns unter rationalen gesellschaftlichen Zielsetzungen, d.h. also einer unmittelbar gesellschaftlichen Organisation der Reproduktion des menschlichen Lebens.

Der politische Charakter der städtischen Auseinandersetzungen ist damit aber erst als ein potentiell systemsprengender benannt. Denn der gesellschaftliche Charakter dieser Widersprüche zieht zwar seinem Wesen nach die Produktionsweise unmittelbar in Zweifel. Doch dadurch, daß Staat und Gesellschaftsform als Gesamtheit den Protestierenden gegenübertritt, verdichtet sich auch gleichzeitig die Mystifikation der tatsächlichen Antagonismen. Indem der Staat als agierendes Gegenüber auftritt, können Beteiligungsangebote der planenden und entscheidenden öffentlichen Institutionen den Schein realer Eingriffsmöglichkeit gewinnen und der Konflikt die scheinbare Dimension eines korrigierbaren Defizits an Rationalität annehmen. Ob der politische Charakter der städtischen Kämpfe sich als antikapitalistischer entfalten kann, hängt daher davon ab, ob es gelingt, die städtischen Bewegungen zu einem Bestandteil der politischen Bewegung zu machen, die auf die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise zielt. Diese politische Bewegung selbst – wir haben oben darauf hingewiesen – ist in verschiedenen nationalen Zusammenhängen sehr unterschiedlich weit entwickelt. Nachdem wir zunächst auf der ersten Abstraktionsebene der Analyse von spontanen außerbetrieblichen Bewegungen die notwendige politische Zuordnung noch generell mit Klassenkampfbewegung und -partei benannt hatten, so führte uns die Einführung der spezifischen historischen Situation der BRD als weiterer Konkretionsstufe der Analyse zu den Gewerkschaften als bestehender Organisation der Arbeiterklasse. Wenn uns dabei vorgeworfen wird, das „Problem der Konstitution von Subjektivität und politischer Identität“ ausgeblendet zu haben, so müssen wir dem entgegenhalten, daß kollektive Identität nicht aus dem Willen zur Selbst-

verwirklichung entsteht, sondern in dem Maße sich verwirklicht, in dem die Arbeiterklasse ihre Befreiung als Klasse durchsetzt. Wenn, wie die Autoren es tun, die klassenanalytische Untersuchung von Bürgerinitiativen im Zusammenhang der Arbeiterbewegung als „kategorialer Rigorismus“ attackiert wird und demgegenüber als „politisch“ nur gilt, was „bezogen (ist) auf den wirklichen Lebensprozeß selbst und dessen immanente Zielbestimmung, . . . nicht die Arbeitskraft zu reproduzieren, sondern im emphatischen Sinne zu leben“ – dann drückt sich hier freilich nichts anderes aus, als das alte Bedürfnis des Bürgertums nach Individualität und Selbstverwirklichung, das immer schon in seiner aufgeklärtesten Fassung die Widersprüche der existierenden Realität per unmittelbarer Realisierung der Utopie überwinden wollte. So ist denn auch für sie, abgehoben vom „ökonomisch gegründeten Defaitismus“, Politisierung ein unmittelbares, d.h. nicht weiter über die Arbeiterbewegung und ihren Kampf zu vermittelndes Resultat der „Gleichheit der Lage und der subjektiven Möglichkeiten“, welche die „kollektive Identitätsfindung erlaubt“. Die Einheit aller Menschen, ungeachtet ihrer Klassenlage, die in der autonomen Basisbewegung existiert, löst offensichtlich auf wundersame Weise all diejenigen Bewußtseinsprobleme, die wir mit unserem kategorialen Rigorismus nur zu möglicher „unterschwelliger Entpolitisierung“ abgewirtschaftet haben. Wenn auch die neuen Wege etwas unklar bleiben, so versichern uns doch die Autoren: „Der nicht immer völlig zu vermeidenden theoretischen Abstraktheit entspricht aber anders als früher nicht eine politische Abstraktheit. Wenn wir hier die Bedeutung basisdemokratischer Aktionen und Initiativen betonen, dann nicht aufgrund bloß theoretischer Überlegungen, sondern aufgrund der Erfahrung der gegenwärtigen Krisensituation und der Rechtsentwicklung in der BRD.“ /6/ Es bleibt ihnen nur übrig, zu hoffen, daß der geneigte Leser hier nicht stutzig wird und auf den Gedanken kommt, zu fragen, aus welcher Wundertüte die autonome Basisbewegung nun unter politischer Repression eine sozialistische Perspektive ziehen soll, wo sie bereits unter besseren, liberaleren Bedingungen sich damit so schwer tat . . .

3. Zur Kritik an der gewerkschaftlichen Orientierung als allgemeiner Situations- und Strategiebestimmung

In der Auseinandersetzung der Editorial-Autoren mit bisherigen ARCH+ Artikeln zum Thema Bürgerinitiativen ist bereits eine generelle Abgrenzung gegenüber gewerkschaftlicher Orientierung angelegt – und darin drückt sich u.E. auch der Angelpunkt der Kontroverse aus.

Gewerkschaftliche Orientierung als allgemeine Situations- und Strategiebestimmung beschränkt sich demnach darauf, der immer wiederkehrenden materiellen Bedrohung zu begegnen, und ist dagegen blind gegenüber den hier und jetzt politischen Momenten der realen Bewegung der Arbeiterklasse /vgl. S. 5/; damit verfällt

sie, „indem sie in vermeintlich realistischer Einschätzung der realen Arbeiterklassenbewegung auf die Verteidigung ökonomischer Interessen rekurriert, einem ökonomischen Defätismus, der freiwillig, um der Wahrung abstrakter Prinzipien willen, den politischen Rückzug antritt, indem er den 'politischen Kampf' dem 'ökonomischen Kampf' zeitlich nachordnet. /ebd./

Wird gewerkschaftliche Orientierung mehr oder weniger gleichgesetzt mit ökonomistischem Defätismus, so beginnt für die Editorial-Autoren „politisches Handeln in diesem unverkürzten Sinne (. . .) dort, wo das Verhalten als Charaktermaske aufhört . . . /5/ Genau mit dieser Aufhebung des Verhaltens als Charaktermaske im kollektiven politischen Handeln reißen sie jedoch den inneren Zusammenhang von ökonomischer und politischer Bewegung selbst auseinander. Denn eine politische Bewegung in einer Gesellschaft, in der die Beziehungen der Individuen zueinander sich nur über den Austausch von Waren herstellen – also durch ökonomische Formbestimmungen vermittelt sind – kann eben gerade nicht von diesen ökonomischen Formbestimmungen abstrahieren. In der politischen Aktion ist daher das Verhalten als Charaktermaske gerade nicht aufgehoben, sondern wird vielmehr bewußt ausgesprochen durch die kollektive Aktion als Klasse der Lohnarbeiter gegenüber der Klasse der Kapitalisten.

Wer sich in der gegenwärtigen Situation auf die Linie eines durch die Gewerkschaften organisierten Abwehrkampfes zurückziehe, so heißt es, verurteile sich selbst zur Ohnmacht gegenüber der politischen Repression, welche von der Gewerkschaftsführung mitgetragen werde. Er beziehe „eine Frontstellung quer zum realen Verlauf der Frontlinie, welche quer durch die Gewerkschaften und die SPD verläuft und nicht etwa zwischen den Gewerkschaften als Massenorganisation der Arbeiter einerseits und den Unternehmern und den bürgerlichen Parteien andererseits.“ /7/ Das Auseinanderreißen des ökonomischen und politischen Kampfes läßt die Autoren hier blind werden gegenüber der Tatsache, daß das Bewußtsein der Mehrheit der Mitglieder im DGB nicht dadurch weiterzuentwickeln ist, daß es als opportunistisch etikettiert wird, sondern nur dadurch, daß es selber als Durchgangsstadium in der Entwicklung von Klassenbewußtsein begriffen wird. Erfolge, wie derjenige des DGB-Aufrufs zu einem politischen Streik anläßlich der Hinrichtungen der fünf spanischen Widerstandskämpfer durch das faschistische Regime in Spanien sind sicherlich nicht das Resultat einer Position, welche den Verlauf von Frontlinien *innerhalb* des DBG hervorhebt gegenüber der Frontlinie, um die es real geht: der Frontlinie zwischen Lohnarbeit und Kapital, einer Position, welche sich in unseren Augen den Vorwurf der Gewerkschaftsfeindlichkeit gefallen lassen muß.

Soweit allerdings die Gewerkschaften als erste Assoziationsformen der Arbeiter sich selbst grundsätzlich darauf beschränken, die Konkurrenzfähigkeit der Arbeiterklasse zu erhalten und soweit sich in ihnen als Einheitsgewerkschaften unterschiedliche politische

Strömungen der Arbeiterbewegung zusammenschließen, tritt neben und außer sie die politische Organisation, die die Interessen der Arbeiterklasse auch gegenüber den bürgerlichen Parteien vertritt. In der Frage der Begrenztheit einer gewerkschaftlichen Orientierung die gleichwohl, und das kann gar nicht genug betont werden, die erste Organisationsform der Arbeiterklasse darstellt, hätten sich die Editorial-Autoren daher auseinanderzusetzen mit den politischen Organisationen der Arbeiterklasse – in erster Linie also mit der SPD und den in ihr enthaltenen widersprüchlichen Bewegungen, welche sich dahingehend zusammenfassen lassen, daß sie von der Möglichkeit der Beseitigung der sozialen Ungleichheiten auf dem Wege der parlamentarischen Demokratie ausgehen, und mit der DKP, die als kommunistische Partei die parlamentarische Demokratie keineswegs als einzigen Weg der Willensbildung betrachtet und auf grundlegende Veränderung der sozialen Verhältnisse hinarbeitet. An dieser Stelle wäre zu diskutieren, wie ARCH+ als politische Fachzeitschrift, in der unterschiedliche politische Strömungen repräsentiert sind und sein sollen, in ihrem Bereich die Funktion gewinnen kann, angesichts der sich verschärfenden politischen Repression die Aktionseinheit zwischen den verschiedenen politischen Strömungen in der Arbeiterbewegung zu unterstützen.

Die Autoren des Editorials schlagen jedoch etwas anderes vor: ARCH+ solle sich in erster Linie an jenen basisdemokratischen Gruppen orientieren, die sowohl in den Gewerkschaften als auch in Bürgerinitiativen ihre Praxis gründen „auf die unmittelbar *politische* Dimension, welche bezogen ist auf die Subjekte als Subjekte und nicht als Träger von Charaktermasken, sei es die des Staatsbürgers oder die des Verkäufers der Ware Arbeitskraft.“ /6/ Betonen die Editorial-Autoren die Bedeutung basisdemokratischer Aktionen und Initiativen selbst ausdrücklich aufgrund der Erfahrungen der gegenwärtigen Krisensituation und der Rechtsentwicklung in der BRD, halten sie es also selbst für notwendig, „dafür zu wirken, daß die reale politische Entwicklung der zersplitterten, in verschiedene Aktionsphären parzellierten Bewegungen selbst deren Parzellierung auf einem höheren politischen Niveau der Auseinandersetzung aufhebt“ /4/, so ist doch die Frage zu stellen, wieso denn gerade durch die zersplitterte Bewegung basisdemokratischer Gruppen in der gegenwärtigen Situation gewährleistet sein soll, erfolgreicher im Kampf gegen die materielle Bedrohung und politische Repression zu sein, als die traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung.

Die Fragestellung der Editorial-Autoren, ob es sich bei der Umkonzeptionierung von ARCH+ nur um den Rückzug von einer von vornherein falsch bestimmten Frontlinie gehandelt habe, ist damit schließlich widersprüchlich beantwortet: die Frontlinie, die sie für falsch aufgebaut halten, ist diejenige zwischen Lohnarbeit und Kapital /vgl. S. 9/. An ihre Stelle soll die unmittelbare politische Dimension der Subjekte als Subjekte, also

unter Absehung ihrer ökonomischen Situation, treten. Gleichzeitig soll aber mit diesem Konzept eine neue Qualität des Widerstands erreicht werden. Unseres Erachtens kann dagegen die Existenz von basisdemokratischen Gruppen in den Gewerkschaften und in Bürgerinitiativen absolut nicht bedeuten, daß die reale Frontlinie heute quer durch die Gewerkschaften verläuft. Umgekehrt ist die Existenz dieser Gruppen ja nur auf Basis dieser Hauptfront zwischen Lohnarbeit und Kapital zu erklären und um einen Beitrag zur Aufhebung der zersplitterten und parzellierten Bewegung zu leisten, käme es gerade darauf an, diesen Erklärungszusammenhang und damit die Vermittlungsglieder zwischen den ökonomischen Formbestimmungen, sozialen Beziehungen, Bewußtseinsformen und deren politischem Ausdruck zu entwickeln, d.h. nach ihrer klassenmäßigen Zusammensetzung und Bedingtheit zu fragen. Erst eine solche klassenanalytische Vorgehensweise, welche den gemeinsamen Grund der zersplitterten und parzellierten Bewegungen herausarbeitet und bewußt macht, kann für sich in Anspruch nehmen, vorwärtstreibendes und einigendes Moment in einer Bewegung zu sein, deren Existenzbedingungen durch die gegenwärtige ökonomische und politische Entwicklung gegenwärtig eher schwerer als leichter werden.

Die Editorial-Autoren halten eine solche klassenanalytische Vorgehensweise anscheinend für überflüssig. Betrachten wir daher genauer, zu welchen Resultaten sie in ihrer Einschätzung der Formen genossenschaftlicher Organisation von Architekten gelangen.

4. Gewerkschaftliche Organisation der lohnabhängigen Architekten und genossenschaftliche Formen der Selbstorganisation von Architekten

Wie versuchen die Autoren nun, im Architektur- und Stadtplanungsbereich die Bedeutung eines spezifischen Teils der sozialen Bewegung als Potential sozialistischer Politik zu bestimmen?

Einerseits gehen sie pauschal davon aus, die Analyse der objektiven Entwicklungstendenz – nämlich Proletarisierung der Architekten, d.h. ihre Verwandlung in produktive Lohnarbeiter des Kapitals – sei richtig. Andererseits erscheinen ihnen die daraus gezogenen politischen Konsequenzen der Gleichgültigkeit gegenüber dem konkreten Arbeitsinhalt falsch und sie betonen, daß die Politisierung an den Inhalten der Berufstätigkeit „für die ideologische Krise des Kapitalismus auf diesem Gebiet eine weitaus größere Bedeutung gehabt (habe), als sie eine gewerkschaftliche Organisation der Architekten allein zumindest in mittelfristiger Sicht je haben könnte.“ /5/ Mit dieser Gegenüberstellung werden aber zwei unterschiedliche Entwicklungstendenzen und die ihnen entsprechenden Bewußtseinsformen vermengt, nämlich die im Editorial zu Heft 22 bereits herausgearbeitete Differenzierung der Entwicklung von Großbüros und Kleinbüros, die höchst unterschiedliche Auf-

tragsbereiche abdecken. In Frage zu stellen ist also nicht die politische Konsequenz der Verwandlung von Architekten in produktive Lohnarbeiter des Kapitals, sondern die Pauschalität dieser Analyse selbst, die in der Tat nur für einen bestimmten Teilbereich der Objekt- und Stadtplanung zutrifft. Worauf es daher nun genau ankäme, nämlich auf Basis dieser Differenzierung herauszuarbeiten, in welchem quantitativen Umfang diese beiden Tendenzen einander gegenüberstehen, sodann durch eine präzisere Analyse der ökonomischen Situation sowohl der angestellten Architekten als auch der genossenschaftlich organisierten Kleinproduzenten die Basis für die einander widerstrebenden Bewußtseinsformen der Identifikation und der Gleichgültigkeit gegenüber dem Arbeitsinhalt freizulegen und schließlich die modifizierenden Elemente, die sich auch aus Berufs-ideologien, Tradition, etc. ergeben, miteinzubeziehen. Die fehlende Differenzierung zwischen angestellten und selbständigen Architekten, bzw. die Reduzierung dieser Differenzierung auf angeblich falsche politische Konsequenzen hat dagegen in der weiteren Untersuchung schwerwiegende Mängel zur Folge:

- Zum einen werden die einer gewerkschaftlichen Organisation bereits zugänglichen Architekten und Planer völlig außeracht gelassen – als gäbe es in ihrer – „ansich“ eben „klaren“ – Situation nicht erhebliche individuelle Zugangs- und kollektive Aufbau-probleme gewerkschaftlicher Arbeit. Dieser Mangel läßt sich nur aus einem Vorgehen erklären, bei dem die Einschätzung der Voraussetzungen politischer Arbeit von deren Entstehungsprozeß abstrahiert. In der gewerkschaftlichen Arbeit sind auch weniger spektakuläre Erfolge, die jedoch konkrete Positionen sichern, wichtig, wie z.B. die ersten Tarifverträge für Angestellte in Architektur- und Ingenieurbüros, die einen enormen Fortschritt für die Entwicklung in diesem Bereich und die materielle Lage anzeigen (mußte doch auch der BDA leider einer eigenen Untersuchung entnehmen, daß die Architekten in Planungsunternehmen mit Tarifvertrag sozial deutlich besser gestellt sind). Das gleiche gilt für Schritte, mit denen die innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen auf politische Fragen erweitert werden – so eigentümlich nun linken Intellektuellen auch das damit dokumentierte Problembewußtsein vorkommen mag. Das allerdings ist von da an, wo es programmatische Äußerung und damit Richtschnur für solidarisches Handeln ist, nicht bloß mehrheitliches Abstimmungsergebnis, sondern stellt eben die durchschnittliche Position aller Mitglieder einer Kampforganisation dar und ist darin auch wiederum nur als ein Durchgangsstadium zu verstehen, d.h. nicht als etwas absolutes zu beurteilen.
- Zum anderen wird darauf verzichtet, die Beschränkungen, denen das politische Engagement genossenschaftlich organisierter Kleinbüros notwendig unterliegen muß, klar auszusprechen: vielmehr wird ein solches Aussprechen als bloßes Verdoppeln der schlechten Realität /vgl. S. 4/ angesehen.

Ziehen wir uns also diesen Vorwurf zu und gehen auf die Bedingungen politischen Engagements in genossenschaftlich organisierten Kleinbüros ein.

Die ökonomische Grundlage dieser Büros liegt darin, daß sie entweder Kleinaufträge, oder spezifische Teilaufgaben der Bauplanung übernehmen, damit aber selber von kapitalistisch betriebenen Großbüros oder unmittelbar von der öffentlichen Hand als Auftraggeber abhängen. Wäre den Ausführungen der Editorial-Autoren der Versuch vorausgegangen, die Existenzbedingungen von Kleinbüros bzw. Genossenschaften im Zusammenhang der derzeitigen Krise und ihrer Auswirkungen zu problematisieren, so wäre deutlich geworden, daß sich die spezifischen Voraussetzungen der Arbeit dieser Büros noch verschärfen, und zwar in dem Maße, wie das Auftragsvolumen durch verzögerten Aufschwung und das zu erwartende Sparprogramm der Regierung sowie durch Umwälzungen der technologischen Basis der Produktion in Umfang und Struktur modifiziert wird. Es gibt von daher keinerlei Anhaltspunkte dafür wieso genossenschaftlich organisierte Büros in Zukunft besser – und d. h. hieße ja angesichts bisheriger Erfahrungen: überhaupt ersteinmal – die „von außen, d. h. vom Kapital und seiner Gesellschaft . . .“ /S. 6/ im Planungsprozeß durchgesetzten Zwecksetzungen aus sich heraus beiseitezuräumen in der Lage sein sollten, indem sie eben „unabhängiger“ sind.

Umso erklärlicher sind dagegen die bisherigen Fehlschläge mit den Zielen genossenschaftlicher Organisationsversuche, die eben dadurch gekennzeichnet sind, daß die Mitglieder in der Tat „Unternehmer sind und sich berufsständische Privilegien in neuer progressiver Form bewahren möchten.“ /S. 5/ Wenn es darum gehen soll, Politisierungsmöglichkeiten von Architekten und Planern aufzuzeigen, d. h. auch deren soziale Basis zu bestimmen, so sind jedoch keineswegs die Privilegien im Arbeitsprozeß das entscheidende Kriterium; ganz deutlich müssen dagegen die Bedingungen dieser Unternehmertätigkeit herausgearbeitet werden, und wie sie schließlich auf die Entfaltung sozialistischer Politik als dem Ziel dieser Politisierung auswirken. Diese spezifischen ökonomischen Existenzbedingungen selbständiger kleiner Produzenten beinhalten eben auch die ihr genau entsprechenden Interessen gegenüber den Produktionsverhältnissen: bewußtseinsmäßig kann dann aus diesem Bereich heraus im Grunde nichts anderes erstrebt werden als die bürgerliche Gesellschaft, die diese Form der Verausgabung von Arbeit absichert, indem sie sich aus ihr konstituiert – und genau dieses „Bedürfnis“ artikuliert sich – wie in Chile, wie in Portugal etc. – aus den Zwischenschichten gerade umso konkreter und auch militanter, je deutlicher sozialistische Politik auch verwirklicht werden soll.

Neben der Selbstorganisation der Arbeit /s. S.4/ zum Abbau von Fremdbestimmung der Berufstätigkeit ist es das zweite Ziel der genossenschaftlichen Organisation, das „politisch-soziale Engagement“ /S.5/ für die Bau- und Stadtplanung, d. h. Alternativen zu ihren herkömmlichen Resultaten zu verwirklichen. Wie ist nun dieser –

im allgemeinen ja bekannte – Berufspraxis-Ansatz zu beurteilen? Inhaltlich können solche Alternativen von Architekten und Planern selbst – wenn auch natürlich den „Bedürfnissen“ der Betroffenen gerecht – entwickelt werden. Eine derart „Gebrauchswert-orientierte Planung“ scheitert jedoch, soweit sie von den ökonomischen Bedingungen abstrahiert, die diese Gebrauchswerte erst konkret als auf dem Markt auch realisierbare Werte bestimmen; daher findet solch individualistisches Engagement seine Grenzen in den bestimmenden Momenten der Kapitalverwertung, wie sie sich zunächst schon einmal in der Auftragsvergabe ausdrücken.

Genau demgegenüber können Planungs-Alternativen aus den realen Auseinandersetzungen um Bau- und Stadtplanungs-Maßnahmen heraus entwickelt werden. Dieser weiterentwickelte Ansatz, „Bedürfnisse“ durchaus konkreter, d. h. materieller und klassenspezifischer zu bestimmen und zugleich die Voraussetzungen ihrer Durchsetzung mit zu entwickeln, ist wohl bereits gemeint mit dem „Versuch im Interesse von und mit basisdemokratischen Organisationen und Gruppen zu bauen.“ /S.8/ Und durch diese Kooperation kann das Konzept der genossenschaftlichen Organisation wesentlich über den berufsständischen Bereich hinaus erweitert werden. Gleichzeitig kommt damit jedoch der Bezug auf die *Inhalte* der Berufstätigkeit erst so richtig zur Geltung. Nur bleibt völlig unklar, welche Funktion es denn nun für die Politisierung haben soll, „gerade auch an den fachlichen Inhalten anknüpfen“ /S. 5/ zu müssen.

Höchst problematisch wäre es, wenn den Arbeitsinhalten mehr als die Bedeutung von Vermittlungsgliedern eines Problembewußtseins beigegeben werden würde, das sich zwar spezifisch an Bau- und Stadtplanungs-Maßnahmen entzünden kann, jedoch als allgemeines, gesellschaftliche vermitteltes Bewußtsein erst noch fundiert werden müßte. Andernfalls würden die Arbeitsinhalte selbst schon den Entwicklungsboden politischen Bewußtseins im Sinne sozialistischer Politik darstellen. Während damit im Grunde aber nur eine Variante der Identifikation mit den Inhalten der konkreten Berufstätigkeit gemeint sein könnte, ist die Kooperation zwischen Architekten bzw. Planern und Bürgerinitiativen anhand konkreter Bau- und Stadtplanungs-Maßnahmen ja eben eher als ein „Durchlauferhitzer“ im Sinne der Beschleunigung von Klassenbewußtsein und Entfaltung sozialistischer Politik anzusehen. Die Frage ist nun, inwieweit die Voraussetzungen dazu eingeschlossen sind.

Das Konzept der Kooperation hängt sehr stark von den Intentionen der Architekten und Planer ab und davon, wie weit sie sich durchsetzen. Nun zeigen die Erfahrungen – etwa mit dem Frankfurter Forum – daß solche Kooperationen eben soweit interessant sind, als sie auch der Auftragsbeschaffung, z. B. über den Weg der Beteiligung an Wettbewerben 'im Auftrag' einer Bürgerinitiative, dienen. Gerade eine angespannte Auftragslage wird sich also in verstärkter Anpassung an die Vorstellungen z. B. der Wettbewerbsauslober auswirken, d. h. als Gefahr der Verselbständigung der ökonomischen Existenzfragen der

Architekten gegenüber den Interessen der Bürgerinitiative. Von diesen Problemen aber ist im Editorial nicht die Rede; ebenfalls wird nicht herausgearbeitet, daß die politisierende Funktion einer Kooperation überhaupt nur darin gesehen werden kann, daß die Architekten ihr spezifisches fachliches Wissen zwar für alternative Pläne einsetzen, jedoch nicht, um allein sie zu realisieren, sondern mehr als „konkrete Utopien“ in dem Sinne, daß damit Material für einen Prozeß vorhanden ist, der allen am Konflikt Beteiligten zur Vermittlung von Einsichten in die ökonomischen und politischen Zusammenhänge und in die Notwendigkeit und Möglichkeiten ihrer Veränderung verhilft.

Das Konzept der Kooperation muß darüberhinaus von den Einschränkungen ausgehen, die ihm allein schon durch die Auftraggeber und deren Interessen auferlegt werden. Von diesen Voraussetzungen kann aber erst in dem Maße abgesehen werden, wie deren Aufhebung explizites Ziel der Entfaltung sozialistischer Politik selbst wird. Wie die Autoren nun auch sagen, fehlt aber in der BRD genau die soziale Basis, die dieses Konzept z.B. in Teilen Italiens in den Produktions-Genossenschaften hat, die gerade die Bereiche z.B. der Finanzierung, der Produktion und der Verwaltung von Wohnungen bereits als Organisationen der werktätigen Bevölkerung selbst betreiben. Dem bloßen Apell, daß es eben erforderlich sei, „eine vergleichbare soziale Basis zu schaffen“ /S.8/, wäre jedoch der unerläßliche Hinweis auf die politische Substanz gerade dieser sozialen Basis in Italien hinzuzufügen: Initiativen in den Teilbereichen etwa der landwirtschaftlichen Produktion, der Wohnungsversorgung etc. sind nicht zu trennen von der politischen Arbeit ihrer Mitglieder in der sozialistischen bzw. kommunistischen Partei und in den Gewerkschaften. Damit steht die basisdemokratische Arbeit einschließlich ihrer Kooperation mit weiteren Bereichen genau in einem politischen Kontext, der ihr die wesentlichen Perspektiven einer Politisierung auch erst vermitteln kann.

Gegenüber der durchaus verbreiteten Konzeption, wie sie u.a. im Editorial vertreten wird, die sich für politische Arbeit ergeben, wenn sie von der adäquaten sozialen Basis absieht, d.h. vom Zusammenhang der Entwicklung einer klaren politischen Perspektive angesichts von Einstellungen, die aus ökonomischen Gründen (s.o.) notwendigerweise erst einmal nur höchst allgemein anti-kapitalistisch sind. Wird nun nicht energisch genug auf diese soziale Basis hingewirkt, so stellt sich die Frage, ob denn realistisch angenommen werden kann, daß sich sozialistische Politik als Perspektive einer Politisierung von Architekten und Planern tatsächlich im Rahmen einer Kooperation mit klassenanalytisch unspezifischen Bürgerinitiativen, d.h. „von selbst“ ergeben kann? Diese Möglichkeit bleibt ja allein denkbar, solange die bestehen-

den Ansätze organisierter Arbeiterbewegung in der BRD in diesem Zusammenhang ganz einfach als irrelevant abgetan werden, indem sie zugunsten einer – in ihrem politischen Potential eben überhaupt nicht ausgewiesenen – Basisbewegung abgewertet wird: „Hier und jetzt eine Interessenvertretung im ‘Reproduktionsbereich’ allein durch die Gewerkschaften zu postulieren, würde auf eine bloß formal-organisatorische Vereinheitlichung der Interessenvertretung zielen, welche real hinter das von basisdemokratischen Initiativen erreichte politische Niveau zurückfallen müßte. /S. 4/ Genau hiernach sollen also dem *historischen* Stand von Klassenbewußtsein und der entsprechend organisierten Arbeiterbewegung die politische Einsichten entgegengehalten werden, zu der Intellektuelle zwar fähig sind, die aber – der Gewerkschaftsarbeit aufgesetzt – deren Basis, die immer auf der jeweiligen Entwicklungsstufe nur *vereinheitlichte* ist, zu zerstören droht.“

Was aber bedeutet das dann letztlich, handelt es sich doch um ein Konzept der Politisierung speziell derjenigen Architekten und Planer, die noch nicht lohnabhängig arbeiten? Die Einsicht in die Konsequenzen bleibt im Editorial dadurch verwehrt, daß eben auf eine klassenanalytische Bestimmung dieses Potentials der sozialen Bewegung verzichtet wird: sie als Kleinproduzenten, befangen im Prozeß der einfachen Warenzirkulation zu erkennen, würde ja erst erklären können, warum sie genau dazu neigen, einerseits die Produkte ihrer Arbeit als den Angelpunkt der „politischen Identitätsfindung“ zu begreifen, und andererseits in besonderer Weise dem Schein von Freiheit und Gleichheit anheimzufallen, worin sie die Durchsetzung ihrer ökonomischen Interessen gut aufgehoben wähnen und woraus sich ihr politisches Interesse gegenüber den Produktionsverhältnissen als kapitalistischen und in der politischen Form der bürgerlichen Demokratie nährt. Und damit würde dann auch die Grenze noch einmal ganz deutlich werden, welche die Strategie des Anknüpfens an den Arbeitsinhalten für den Prozeß der Herausbildung von Klassenbewußtsein eben beinhalten kann. Zwar resultieren auch für diese Zwischenschichten die Möglichkeiten des sozialistischen Kampfes aus ihrem Widerspruch zum, d.h. der drohenden Subsumtion ihrer Tätigkeit unter das Kapital; jedoch an der Erhaltung ihrer besonderen Lebensumstände (etwa der Selbstverwirklichung) orientiert, reicht dieses Engagement „von selbst“ eben auch nur soweit, wie genau dies noch garantiert erscheint. Das zeigen z.B. die Aktionen holländischer Binnenschiffer, französischer Weinbauern, der Ärzte in Chile, von Bauern in der BRD. Ohne eine spezifische Bündnispolitik können aus potentiellen Bündnispartnern für den Aufbau des Sozialismus auch seine Totengräber werden.